

Stefan Remeke



Unterstützung

Eintragungen für Unterstützungen.

Ort	Zeitdauer (Tag, Monat und Jahr)	Zahl der Tage	Unterstützungen					
			Arbeits- losigkeit		Krank- heit		Maß- regelung	
			M	W	M	W	M	W
Stadt	vom 12. 11. bis 9. 12. 1922	18			72			
	vom 28. 2. bis 10. 3. 1923	4			200			
	vom 28. 10. bis 11. 11. 1924	6	39		2.11			
	vom 21. 1. bis 4. 2. 1925	4			2.80			
	vom 28. 2. bis 20. 4. 1925	19			8.80			
	vom 12. 11. bis 11. 3. 1925	23			18.40			
	vom 19. 3. bis 12. 4. 1925	26			20.80			
		60	39		48.00			
	vom 1. 12. 1929	6			4.50			
	vom 1. 12. 1929	54			40.50			
	vom 1. 12. 1929							
	bis 1. 12. 1930	6			5.10			
	bis 1. 12. 1930							
	vom 1. 12. 1930							
	bis 1. 12. 1930							

SOLIDARITÄT HUMANITÄT IDENTITÄT

Das soziale Unterstützungswesen
im gewerkschaftlichen Selbstverständnis

BeBra Wissenschaft Verlag

Stefan Remeke

Solidarität Humanität Identität

Das soziale Unterstützungswesen im gewerkschaftlichen Selbstverständnis –
am Beispiel von Vorläuferorganisationen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
1890 bis 1933

BeBra Wissenschaft Verlag

Realisiert von der
Agentur für Historische Publizistik | Werther (Westfalen) | www.afhp.net

agentur für **historische publizistik**

Gefördert von der
Gewerkschaft ver.di | Berlin | www.verdi.de



und von der
Hans-Böckler-Stiftung | Düsseldorf | www.boeckler.de

Hans **Böckler**
Stiftung 
Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

»Es müsste mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht (...) auch den letzten Angestellten, der finanziell dazu in der Lage ist und der die Verpflichtung in sich fühlt, für seine Familie zu sorgen, für diese gute und wertvolle Einrichtung gewinnen sollten.«

Josef Aman, Bericht über die Pensionskasse des
Zentralverbandes der Angestellten, 1930

*»Es kommt darauf an, unsere Kollegen auch auf diesem Gebiet den Fesseln und Fangarmen des Kapitalismus zu entziehen, sie auf den Weg der gemeinsamen Selbsthilfe zu weisen, wo der in der Arbeiterbewegung alibewährte Grundsatz gilt:
›Einer für Alle, Alle für Einen!«*

Kassenbericht, Generalversammlung der fakultativen Unterstützungseinrichtungen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, 1912

Für Marie Paulina

Inhalt

Zusammenfassung	9
Lektürenavigator	12
I. Einführung	13
1. Expedition in eine vergessene Gewerkschaftswelt	17
Ein gegenwartsnaher Ausgangspunkt: Rentenkampagne und Reformdebatte der Gewerkschaften	17
Fremdartiges und Bekanntes in einer anderen Gewerkschaftszeit	18
Design der Studie	25
II. Historische Evolution einer Bedeutungsfrage	37
2. Vorläufer und Traditionen des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens	38
Soziale Unterstützungseinrichtungen vom Spätmittelalter bis in die Frühe Neuzeit	38
Unterstützungskassen der Buchdrucker im 18. und 19. Jahrhundert	46
Gewerkschaftliche Unterstützungskassen unter dem Sozialistengesetz	58
3. Aufbruch 1890 und Sinnkrise der sozialen Selbsthilfe	64
Aufbruch 1890: »Moderne« Gewerkschaften versus »alte« Unterstützungen ..	64
Aufbruch sozialer Sicherheit 1890: Sozialpolitische Realität relativiert die Sinnkrise	76
Aufbruch in eine janusköpfige Epoche 1890: Zeiten des Wandels, der Verunsicherung und der Risiken	87
III. Das Unterstützungswesen in Schlaglichtern 1890 bis 1933	97
4. Organisationspolitische Kontexte	105
Zeitalter gewerkschaftlicher Großverbände	105
Folgerungen für die folgenden Kapitel	115
5. Das Kassenwesen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Erwerbslosigkeit	119
Gründungen und Bedeutungszuweisungen	119
<i>Stilisierung der Arbeitslosenunterstützung zu einem modernen, gewerkschaftstauglichen Instrument</i>	<i>120</i>
<i>Widerstände gegen die Arbeitslosenunterstützung und ihre Überschreibung: Erwerbslosenunterstützungen</i>	<i>135</i>
<i>Konflikte und Interessen bei der Etablierung zentralisierter Krankenunterstützungen</i>	<i>145</i>
<i>Exkurs: Das Krankenkassenwesen von Angestelltengewerkschaften</i>	<i>163</i>
Sinnstiftung der gewerkschaftlichen Verankerung	172

<i>Expansion und Festigung</i>	173
<i>Professionalisierung und Bürokratisierung</i>	180
<i>Erweiterung und Vertiefung</i>	192
<i>Soziale Semantik im Zeitalter der Herausforderungen durch Krisen und Sparzwänge</i>	206
6. Gewerkschaftliche Unterstützungen zur Altersfürsorge und im Sterbefall.	225
Vorkriegs- und Nachkriegsgründungen.....	225
<i>Gründungen gewerkschaftlicher Sterbekassen vor 1914</i>	227
<i>Vorkriegsgründungen gewerkschaftlicher Pensions- und Rentenkassen.</i>	240
<i>Nachkriegsgründungen von Alters- und Invalidenkassen.</i>	259
Gründungsdeutungen und Sinnstiftung im Bestand	279
<i>Gründungsdeutungen systematisch: Kontexte der Organisationspolitik</i>	281
<i>Überschreibung der Organisationspolitik: Kontexte eines sozialen Leitmotivs.</i>	298
<i>Zwischenfazit und: Eine symbiotische Beziehung zwischen Solidarität und Humanität</i>	306
<i>Sinnstiftung im Bestand gewerkschaftlicher Sterbe- und Pensionskassen</i>	316
IV. Abschließende Analysen	339
7. Das soziale Unterstützungswesen in gewerkschaftlichen Darstellungsformaten	341
Positionierung des Themenbereichs in gewerkschaftlichen Leitquellen	341
Öffentlichkeitsarbeit, strategische Kommunikation und Werbung:	
Unterstützungskassen in der Verbandspresse	351
Das soziale Unterstützungswesen als Propaganda- und Messeobjekt	366
Vom Sprachgebrauch zu Narrativen	373
8. Blick zurück nach vorn	387
Solidarität – Humanität – Identität: Zusammenfassung.....	387
Ausblick: Vom Untersuchungszeitraum in die Gegenwart	392
Anhang	405
Verzeichnis genutzter Abkürzungen	405
Verzeichnis genutzter Quellen und Literatur	406
Systematisch ausgewertete Gewerkschaftsquellen	406
Wichtige Literatur und weitere Hilfsmittel	419
Internetquellen	434
Portale.....	435
Nachwort	437
Differenzierte Inhaltsbeschreibung	439
Über den Autor	445

Zusammenfassung

Heute führen Gewerkschaften in Deutschland nur noch Reste der langen Tradition des sozialen gewerkschaftlichen Unterstützungswesens fort.

In der Gegenwart feierten Gewerkschaften die 2021 eingeführte staatliche Grundrente oder nehmen an der Organisation betrieblicher Zusatzrenten in Versorgungswerken aktiv teil. In jener Zeit jedoch, in die diese Studie die Leserinnen und Leser führen wird, gestalteten Gewerkschaften eigene Rentenkassen für ihre Gewerkschaftsmitglieder noch selbst. In unserer Gegenwart wird weltweit – nach Überwindung der Corona-Pandemie – mit erneuerter Sensibilität auf die nationale Gesundheitsversorgung geblickt. In der Epoche, die diese Studie genauer betrachtet, waren Gewerkschaften auch gesundheitspolitisch dem Anschein nach viel aktiver als heute: über eigene Krankenkassen, aber ebenso über das gewerkschaftliche Krankenunterstützungswesen und seine Ausprägungen.

Und Gewerkschaften unterhielten darüber hinaus weitere aufwendige eigene Sozialkassen – wie etwa Arbeitslosen- oder Erwerbslosenunterstützungen, die vor der staatlichen Arbeitslosenversicherung als Sozialversicherung existierten und für diese Vorbildcharakter hatten. Dabei erzählt das soziale Unterstützungswesen der Gewerkschaften viel darüber, wie sich das Selbstverständnis der deutschen Gewerkschaften entwickelt und verändert hat.

Das ist, was diese Studie im Kern interessiert. Wie stellten Gewerkschaften in wichtigen und in der Zeit zwischen 1890 und 1933 veröffentlichten gewerkschaftlichen »Medien« wie etwa Verbandstagsprotokollen, Jahrbüchern, Rechenschafts- oder Geschäftsberichten, zeitgenössischen Verbandsgeschichten oder der Gewerkschaftspresse ihr soziales gewerkschaftliches Unterstützungswesen selbst dar? Wie wurde es von den Gewerkschaften aus dem Blickwinkel der Mehrheits- oder Vorstandsperspektive gedeutet, welchen Bedeutungszuweisungen und Sinnstiftungen wurde es unterzogen? Und wie stellten Gewerkschaften darüber sich selbst und das Verständnis über die eigene Rolle und Funktion dar? Oder anders formuliert: Wie sahen sich Gewerkschaften unter dem Brennglas der eigenen sozialen Unterstützungseinrichtungen selbst – und wie wollten sie gesehen werden?

Die Vorgehensweise der Studie wird im Folgenden genauer beschrieben, womit hier einige Orientierungsmarken als Eckpunkte genügen. Untersucht werden ausgewählte historische Vorläufer der heutigen Dienstleistungsgewerkschaft Verdi – über die Grenzen von Arbeiter und Angestellten und partiell auch der Beamtschaft hinweg. Freie, sozialdemokratisch orientierte Verbände stellen in der untersuchten historischen Zeit, die von erbitterter Gewerkschaftskonkurrenz geschwängert war, die Mehrzahl der betrachteten Organisationen. Aber auch die Grenze der Weltan-

schauung wird überschritten werden – etwa in das christlich-nationale Gewerkschaftslager.

Das besondere Interesse an der Zeit zwischen 1890 und 1933 begründet sich historisch. Es war nicht nur die Ära der nun zur Massenbewegung aufsteigenden deutschen Gewerkschaftsbewegung, nachdem das Sozialistengesetz gefallen war. Es war ferner die Zeit, in der das zentralisierte soziale Unterstützungswesen der Gewerkschaften seinen – zunächst umstrittenen – Anfang nahm und schließlich dynamisch und exorbitant expandierte, bevor es die Nationalsozialisten 1933 mit der Gewerkschaftsbewegung exekutierten. Von diesem »Todesstoß« sollte sich die »Sozialversicherung der Gewerkschaften« nicht wieder erholen. Nach 1945 konnte man zwar zunächst eine Renaissance sozialer gewerkschaftlicher Kassen beobachten. Doch ihr nahendes Ende zeichnete sich im weiteren Verlauf der Nachkriegszeit alsbald ab.

Die Ergebnisse der Studie werden anhand von drei Leitbegriffen strukturiert werden: *Solidarität*, *Humanität*, *Identität*. Die Begriffe werden nicht undifferenziert angewandt, sondern in einer spezifischen Form für die gewerkschaftlichen Bedeutungszuweisungen und Sinnstiftungen, die das soziale gewerkschaftliche Unterstützungswesen im betrachteten Studienrahmen erfuhr, präzisiert werden.

Unter dem Leitbegriff *Solidarität* wird eine mit den gewerkschaftlichen Unterstützungskassen gezielt installierte »Gewerkschaftsschule der Solidarität« zu erkennen sein, die Mitglieder in die Gewerkschaften locken, dort dauerhaft binden und sie davon ausgehend – auch durch die anschauliche Selbsterfahrung des Gebens und Nehmens im sozialen Unterstützungswesen – in verbandlicher Solidarität wie in Arbeitnehmersolidarität schulen sollte. Die gewonnenen Mitglieder sollten – der gewerkschaftlichen Deutung folgend – über die Bindung an das soziale Unterstützungswesen und eine dadurch gestreckte Zeit einer möglichst nachhaltigen Mitgliedschaft allmählich zu guten Gewerkschaftern und zu leidenschaftlichen »Kämpfern« gemacht werden.

Beim Begriff der *Humanität* könnte man es sich einfach machen. Natürlich war das soziale Unterstützungswesen in seinen beachtlichen Dimensionen, die es bis 1933 erreichte, generell Ausdruck einer solidarischen wie humanitären Leistung, welche die Gewerkschaften vorweisen konnten. Bei genauer Betrachtung wird es jedoch etwas komplizierter. Jede soziale Gewerkschaftskasse wirkte solidarisch im vorgenannten Sinn – und das funktionierte nur, wenn sie eine humanitäre Wirkung entfaltete, welche auf die Linderung menschlicher Not zielte. Menschen haben das Bedürfnis, sich gegen soziale Lebenskrisen oder gegen deren weitere Folgen abzusichern. Das schuf die gewünschten Anreize zur solidarischen Organisation – und am Ende wirkte das Konstrukt humanitär.

Anfällig für humanitäres Pathos waren Gewerkschaften in Bezug auf die Darstellung ihrer sozialen Kassen daher immer. Der Leitbegriff *Humanität* zielt aber noch mehr auf einen Zeitfaktor: Mit den sozialen »Megakrisen« der untersuchten Zeit – Weltkrieg, Hyperinflation, Arbeitsmarktkrisen und schließlich Weltwirtschaftskrise – erlebte das soziale

gewerkschaftliche Unterstützungswesen Härte tests. Die noch immer jungen Organisationen mussten sich mit ihren auf- und ausgebauten sozialen Einrichtungen nun beweisen – was Auswirkungen auf die Sinnstiftung und Wahrnehmung des sozialen Kas senwesens im Gewerkschaftsmilieu hatte. Die Zuweisung von sozialen, humanitären oder altruistischen Bedeutungen intensivierte sich dadurch in einer auffälligen Weise.

Bleibe zuletzt noch der Leitbegriff *Identität*. Es wurde bereits gesagt: Das soziale Unterstützungswesen erzählt darüber, wie sich das Selbstverständnis der deutschen Gewerkschaften entwickelt und verändert hat. Das wird besonders am Ende dieser Studie deutlich werden, wenn – ausgehend von den gewonnenen Erkenntnissen über das Unterstützungswesen – ein Blick auf die Gewerkschaftsbewegung nach 1945 und bis heute gewagt wird.

Lektürenavigator

Die vorliegende Untersuchung kreuzt die Themenfelder Gewerkschaftsgeschichte, Ideengeschichte und Sozialpolitikgeschichte. Insofern trägt sie thematisch eine nicht unerhebliche Schwere und Komplexität in sich, die sich – notwendigerweise und mitunter nicht vermeidbar – gelegentlich auf den Text niederschlägt.

Anders ausgedrückt: Trotz des Bemühens des Verfassers um eine möglichst klare und sachliche Darstellung erfordert die mit dieser Studie gestellte Aufgabe »kopflastige« Passagen. Daher kann – um anderen Erwartungen vorzubeugen – dieser vom wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse geleitete Text am Ende kein reines »Lesebuch« sein. Die vorliegende Studie ist dabei textlich so verfasst worden, dass die Methodik des Vorgehens und die Anbahnung wie Reflexion von Erkenntnisschritten transparent abgebildet werden. Auch dies führt gelegentlich zu theoretisierenden didaktischen Schleifen, die dazu dienen, die Lesenden beim Erkenntnisprozess mitzunehmen.

Um nun vorab Entmutigte an dieser Stelle sogleich wieder zu ermutigen: In vielen Textpassagen ist der nachfolgende Text für die sachlich Interessierten schließlich doch ein reizvolles historisches »Lesebuch« geworden. Der Text bezieht seine Spannung aus der Durchdringung von bislang vernachlässigten historischen Objekten, durch interessante, auf den ersten Blick vielleicht unerwartet erscheinende Fragestellungen und eine Analyse, bei der Leserinnen und Leser zu einer geführten Expedition in eine heute unbeachtete Gewerkschaftsvergangenheit eingeladen werden.

Entsprechend empfiehlt der Verfasser – wie sollte es anders sein – die Lektüre des gesamten Textes, um schrittweise durch den Erkenntnisprozess geleitet zu werden. Wer daran als Leserin oder Leser nicht interessiert ist und einen möglichst direkten Zugang zu bestimmten Passagen des Textes sucht, findet im Anhang eine differenzierte Inhaltsbeschreibung, die den Aufbau der Darstellung kleinschrittig illustriert und die Nutzung als »Steinbruch« erleichtert.

I. Einführung

Was ist, oder besser gesagt: Was war denn überhaupt das gewerkschaftliche Unterstützungswesen? Diese Frage werden insbesondere jüngere Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, aber wohl auch viele andere an der Gestaltung von Arbeitswelten heute Beteiligte mit Berechtigung stellen, wenn sie auf den Titel der hier vorgelegten Studie stoßen.

Denn jenseits von einigen Erinnerungsexperten – vor allem den Historikerinnen und Historikern, die sich mit der Geschichte der Arbeitswelt und insbesondere mit jener der Gewerkschaften befassen – kann der Mehrheit der Werktätigen, der Betriebsrätinnen und Betriebsräte, der gewerkschaftlichen Funktionsträger sowie der gewerkschaftlich Organisierten heute nicht mehr aus eigener Anschauung bewusst sein, was und wie umfangreich das gewerkschaftliche Unterstützungswesen einstmals gewesen war. Die gewerkschaftlichen Organisationen unterhielten in der untersuchten Zeit zwischen 1890 und 1933 – in den Jahren der intensivierten Gewerkschaftsgründungen und organisatorischen Konsolidierung nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes bis zum Vorabend der nationalsozialistischen Vernichtung des Gewerkschaftswesens – schließlich in allen Bereichen der staatlichen Sozialversicherung und teilweise weit darüber hinaus ihre verbandseigenen »sozialen Versicherungen«: die sozialen Unterstützungskassen.

Und sie ließen sich diese Einrichtungen einiges kosten. Das friedliche Unterstützungswesen entwickelte sich in der untersuchten Zeit zu einer finanziellen Hauptaufgabe und Hauptausgabe der Gewerkschaften. In einigen Gewerkschaftsverbänden beliefen sich die Ausgaben für die sozialen Unterstützungsleistungen in einigen Etappen der untersuchten Jahre auf mehr als die Hälfte der gesamten Jahresausgaben. Selbst in den hier betrachteten unruhigen Jahren vor und nach dem Ersten Weltkrieg, in Revolution und Inflation gaben viele gewerkschaftliche Organisationen weniger für ihre Kampfunterstützungen – also für die Zuwendungen der Verbände an ihre Mitglieder, die sich im Streik befanden oder von einer Aussperrung oder Maßregelung der Arbeitgeber betroffen waren – aus als für das soziale Kassenwesen.¹ Dies hatte nicht nur, wie zu sehen

Zu den Anmerkungen: Literatur wird nur bei der ersten Verwendung mit vollständiger Literaturangabe im Anmerkungsapparat angeführt, danach abgekürzt. Gewerkschaftsquellen werden immer, also auch bereits bei ihrer erstmaligen Angabe, in Kurzform verwendet. Zu den vollständigen Angaben siehe stets die Angaben im Quellen- und Literaturverzeichnis dieser Studie. Bei Textzitatzen aus einer Quelle, die durch kurze Kommentierungen unterbrochen und ergänzt werden, findet sich der Quellenbeleg jeweils am Ende der zusammenhängenden Passage. Der Autor ist bemüht, die Anzahl der in historischen Arbeiten zahlreichen Belege in den Anmerkungen zu begrenzen. Im Quellen- und Literaturverzeichnis finden sich daher Hinweise auf die über die angemerkten Titel hinaus genutzte, wichtige oder weiterführende Literatur zum Thema. Das Ver-

sein wird, mit den sozialen Herausforderungen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrisen zu tun, denen man in der untersuchten Zeit begegnet.

In dieser aus der Perspektive der Gegenwart lange vergangenen Zeit war ein weit ausgebaut und breit aufgefächertes soziales Unterstützungswesen ein zentraler und gefestigter Bestandteil des Gewerkschaftswesens – oder besser gesagt: Es avancierte im Untersuchungszeitraum dieser Studie rasch dazu. Heute ist dies in vergleichbarer Form nicht mehr der Fall. Um zwei Beispiele zu nennen: Die Gewerkschaft IG Metall führte bis in unsere Gegenwart allenfalls vereinzelte Überreste ihres einstmals vorhandenen sozialen Unterstützungswesens fort, wenn sie in ihrer Satzung eine Unterstützung in außerordentlichen Notfällen, für Rentnerinnen und Rentner oder die klassische Unterstützung im Todesfall anbot.² Noch deutlicher hat die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi ihr soziales Unterstützungswesen geschliffen. Jenseits der gewerkschaftlichen Kampfunterstützungen fanden sich in den Verdi-Statuten des Jahres 2015 überhaupt keine Spuren der einstmals vielfältigen und sehr weit entwickelten sozialen Unterstützungseinrichtungen der historischen Vorläuferorganisationen der Dienstleistungsgewerkschaft mehr.³

Im Bereich der gesetzlichen Sozialversicherung sind die deutschen Gewerkschaften etwa in den Gremien der Selbstverwaltung aktiv. Oder aus den Gewerkschaftsvorständen werden Forderungen adressiert, welche Verbesserungen der Sozialversicherungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Politik erwarten. Besonders wichtig ist in den letzten Jahren das Engagement für verbesserte Betriebsrenten geworden, mit dem Politik und Sozialpartner der langfristigen Nivellierung von Rentenansprüchen in der gesetzlichen Rentenversicherung ein stabilisierendes Element hinzuzufügen versu-

zeichnis ist insofern als erweiterter Anmerkungsapparat zu verstehen. Zum Text: Geschlechtsspezifische Formulierungen werden allein wegen stilistischer Erwägungen nicht systematisch genutzt.

¹ Hierzu einfürend Reinhard Hüber: Unterstützungswesen, in: Ludwig Heyde (Hg.): Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Berlin 1932, S. 1793-1816, bes. die Übersicht S. 1801. Im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) lag der Anteil an den Gesamtausgaben, der allein auf die friedlichen Unterstützungen (einschließlich Rechtsschutz) entfiel, bei 35 Prozent (im Mittel aller Jahre 1905 bis 1930). Zum Vergleich: Der Anteil der Ausgaben für Arbeitskämpfe und Kampfunterstützungen lag im ADGB bei etwa 17 Prozent (im Mittel aller Jahre 1905 bis 1930). Als konkretes Jahresbeispiel – 1926: 135 Millionen Reichsmark Gesamtausgaben des ADGB, 62 Millionen Reichsmark Ausgaben für das soziale Unterstützungswesen im ADGB (45,8 Prozent aller Ausgaben); 1930: 241 Millionen Reichsmark Gesamtausgaben des ADGB, 123 Millionen Reichsmark Ausgaben für das soziale Unterstützungswesen (51,2 Prozent aller Ausgaben).

² Industriegewerkschaft Metall: Satzung. Beschlossen auf dem 23. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall vom 18. bis zum 24. Oktober 2015 in Frankfurt am Main. Gültig ab 1. Januar 2016, Frankfurt am Main 2015, hier §§ 28-30, S. 42 ff.

³ Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft: Satzung. Geändert durch den 4. Ordentlichen Verdi-Bundeskongress vom 20. bis 26. September 2015 in Leipzig, Berlin 2015, hier die Übersicht der Leistungen §§ 15-19, S. 13 ff.

chen. Aus dem Kreis der Personen, die sich heute mit Fragen der betrieblichen Altersversorgung gewerkschaftsnah befassen, wurde diese Studie als Historisierung jener Tätigkeiten angeregt.⁴ Dabei konnte es nicht darum gehen, den verfügbaren historischen Betrachtungen des betrieblichen Sozialwesens⁵ eine weitere hinzuzufügen. Denn jede Untersuchung des betrieblichen Sozialwesens beleuchtet – im Besonderen in historischer Perspektive – das Engagement der Unternehmen, nur bedingt jedoch das Engagement der Gewerkschaften.

Betrachtet man wichtige Maßnahmen der Gewerkschaften in jüngster Zeit wie etwa die sogenannte »Metallrente« der IG Metall oder das Versorgungswerk für den gesamten Dienstleistungsbereich von Verdi, wird eine Zielrichtung der Arbeitnehmerorganisationen besonders deutlich: Sie wollen im Bereich der betrieblichen Altersversorgung in Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und Versicherern Zusatzrenten im Sinn des von den der Bundesregierung angestrebten Ausbaus der Betriebsrenten besser und unter stärkerer Verankerung der Tarifpartner – also mit intensivierter gewerkschaftlicher Intervention – gestalten. Will man diesen gewerkschaftlichen Willen zur Gestaltung eigener sozialer Sicherungen historisieren, will man veranschaulichen, mit welcher historischen Tradition und Expertise Gewerkschaften selbst als professionelle Anbieter sozialer Sicherungseinrichtungen fungierten und welche Kompetenz sie dabei anreicherten, muss man das gewerkschaftliche Unterstützungswesen in den Blick nehmen. Hier findet man nicht nur gewerkschaftliche Arbeitslosen-, Kranken- und Sterbeunterstützungskassen, sondern auch, was noch weniger bekannt sein dürfte, gewerkschaftliche Altersvorsorgesysteme.

Für eine Reise in die Blütezeit des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens muss die sozialpartnerschaftliche Gegenwart verlassen werden. Die Lösungen von heute, bei denen Gewerkschaften, Arbeitgeber oder privatwirtschaftliche Versicherungsunternehmen kooperieren und gemeinsam in modernen Versorgungseinrichtungen agieren, waren nicht die Lösungen der untersuchten Vergangenheit. Die Sozialpartnerschaft ist von der Geschichte der Bundesrepublik nach 1945 geprägt und vice versa. Die Zeit, in

⁴ Nachdrücklich hat sich das Unterstützungs- und Vorsorgewerk für den Dienstleistungsbereich e.V. und der Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft für die vorliegende Studie eingesetzt. Sie wurde von der Gewerkschaft Verdi und von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert. Ein Hinweis: Die Eigenschreibweise ver.di wird nur in Titelei und Impressum verwendet. Der Text folgt den Empfehlungen des Duden.

⁵ Zur Einführung in die Literatur zum betrieblichen Sozialwesen Thomas Welskopp: Betriebliche Sozialpolitik im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Eine Diskussion neuerer Forschungen und Konzepte und eine Branchenanalyse der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1870er bis zu den 1930er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 34, 1994, S. 333-374. Susanne Hilger: Sozialpolitik und Organisation. Formen betrieblicher Sozialpolitik in der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, Stuttgart 1996. Zur Geschichte der betrieblichen Altersversorgung Gerd Wiedemann: Die historische Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsrechts, Diss. Erlangen-Nürnberg 1990.

der das gewerkschaftliche Unterstützungswesen für die aufstrebenden Großorganisationen der Arbeitnehmerschaft seine größte Ausdehnung und Bedeutung gewann, findet sich zwischen 1890 und 1933. In dieser Zeit waren nicht nur die Rahmenbedingungen für eine Sozialpartnerschaft völlig anders. Sie gab es weitgehend nicht oder begann sich – allmählich in ersten Ansätzen und von gegenseitigem Misstrauen begleitet – langsam zu entwickeln.⁶ Arbeitgeber, Gewerkschaften, Staat und Versicherungskonzerne standen sich damals als Konkurrenten und Gegner in tief verwurzelter Feindseligkeit gegenüber. Jeder dieser Akteure setzte auch daher auf eigene Angebote sozialer Fürsorge- und Versorgungseinrichtungen oder sozialer Versicherungen. Nicht nur in dieser Hinsicht veranlasst das gewerkschaftliche Unterstützungswesen eine Expedition in eine vergessene, andere Gewerkschaftswelt.

⁶ Hier ist an die Studien von Feldman zu erinnern, in denen die Annäherung und beginnende Kooperation zwischen Industrie und Arbeiterschaft seit dem Ersten Weltkrieg und in der Zentralarbeitsgemeinschaft in den ersten Jahren der Weimarer Republik aufbereitet wird. Gerald D. Feldman: *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914-1918*, Berlin/Bonn 1985. Ders.: *Die Freien Gewerkschaften und die Zentralarbeitsgemeinschaft 1918-1924*, in: Heinz Oskar Vetter (Hg.): *Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung*, Köln 1977, S. 229-252. Ders./Irmgard Steinisch: *Industrie und Gewerkschaften 1918-1924. Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft*, Stuttgart 1985. Als neuere Literatur vgl. Petra Weber: *Gescheiterte Sozialpartnerschaft. Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918-1933/39)*, München 2010.

1. Expedition in eine vergessene Gewerkschaftswelt

Ein gegenwartsnaher Ausgangspunkt: Rentenkampagne und Reformdebatte der Gewerkschaften

Historische Studien halten sich in der Regel nicht mit der Gegenwart auf. Da einige der Überlegungen, die der vorliegenden Untersuchung zugrunde liegen, im Folgenden mit dem Bild einer Expedition in eine vergessene Gewerkschaftswelt – also als gedankliche Reise in die Vergangenheit – veranschaulicht werden, macht es Sinn, auf einen möglichen Ausgangspunkt dieser Reise in der gegenwartsnahen Zeit einzugehen.

Bei einer Podiumsdiskussion in Düsseldorf im November 2017 ließ Reiner Hoffmann als damaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit einem düsteren Befund über den Zustand der deutschen Gewerkschaftsbewegung aufhorchen. Ähnlich wie der traditionelle politische Arm der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie, die in Europa »bis zur Unkenntlichkeit verschwunden« sei, müsse – so seinerzeit Hoffmanns Analyse – auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung strukturelle Defizite konstatieren. Hoffmann warnte dabei vor der »Gefahr, dass auch die Gewerkschaften unter die Räder kommen«. Mit sechs Millionen Mitgliedern seien die Gewerkschaften bei einer zuletzt stetig ansteigenden Anzahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse auf einem Tiefstwert beim gewerkschaftlichen Organisationsgrad im wiedervereinigten Deutschland angelangt, merkte der DGB-Vorsitzende an.

Hoffmann stellte im Rahmen jener Veranstaltung eine Perspektive für eine zukunfts feste erneuerte Gewerkschaftsbewegung vor. Er forderte einen Aufbruch. Nicht mehr nur »Tarifmaschine« dürften moderne Gewerkschaften sein, sondern als »politischer Verband« müssten sich die Gewerkschaften künftig neu aufstellen, um »wieder eine progressive Mehrheit im politischen Diskurs«¹ mit gleichgesinnten Gruppen bilden zu können. Ein zentrales Thema, das Gewerkschaften als gestärkte politische Interessenverbände für sich reklamieren sollten, benannte Hoffmann gleich mit: ohne Gewerkschaften keine wirkliche soziale Sicherheit.

Die Aussagen traf der DGB-Vorsitzende vor dem Hintergrund einer seit Jahresende 2016 laufenden Rentenkampagne der Gewerkschaften. Aufgrund einer für immer mehr Werktätige drohenden Altersarmut forderten die Gewerkschaften des DGB darin die Stabilisierung und signifikante Anhebung des Niveaus der gesetzlichen Altersrente. Durch höhere Beiträge und eine erhöhte Steuerfinanzierung der staatlichen Rente sollte deren Leistungsaufwertung eingeleitet werden, nachdem das Experiment der staatlich geförderten privaten Zusatzversorgung über die Riester-Rente von den Gewerkschaften als gescheitert angesehen wird. Eine sehr aktive Rolle nahm der Bundesvorstand der

¹ Alle Zitate von Reiner Hoffmann, in: Neue Westfälische, 13. November 2017.

Dienstleistungsgewerkschaft Verdi im Rahmen der Rentenkampagne ein. Frank Bsirske avancierte als damaliger Verdi-Vorsitzender nicht nur zu einem prägenden Gesicht der Kampagne. Im Januar 2017 wurde berichtet, dass Bsirske auf einer Konferenz von Betriebsräten der Versicherungsbranche die Planung eines Versorgungswerkes für den Dienstleistungsbereich vorgestellt hatte. Damit kündigte die Gewerkschaft an, dass sie neben den Forderungen an die Politik zugleich auch die Initiative für eigene gewerkschaftliche Maßnahmen zur Verbesserung der Altersversorgung intensivieren werde.²

Fremdartiges und Bekanntes in einer anderen Gewerkschaftszeit

Der Gewerkschaftshistoriker reibt sich angesichts jener Vorstöße der Gewerkschaftsführer für eine Modernisierung gewerkschaftlicher Politik und Strategie mit Verwunderung die Augen. Ihm kommt der Mehrklang der benannten Phänomene bekannt vor. Eine politischere Gewerkschaftsarbeit mit sozialpolitischen Kernforderungen, die Gewerkschaften gar als politische Bewegung, die den arbeitnehmernahen Parteien Konkurrenz machen könnte, das alles vor dem Hintergrund als unzureichend wahrgenommener staatlicher Sozialleistungen und aufkeimender sozialer Fragen und: einem Fokus auf Maßnahmen einer gewerkschaftlichen sozialen Selbsthilfe – das könnte Teil einer Beschreibung der Gewerkschaftswelt nach der Jahrhundertwende um 1900 sein. In jene Zeit fiel beispielsweise das Mannheimer Abkommen von 1906, mit dem die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie ihren damals konkurrierenden politischen Führungsanspruch bei der Vertretung von Arbeiterinteressen zu harmonisieren und zu koordinieren versuchten.³

»Tarifmaschinen«, wie Hoffmann es oben nannte, wurden die Gewerkschaften womöglich erst ab den 1920er Jahren – als bis dahin immer noch bestehende Widerstandslinien in der tariflichen Praxis nach der Revolution fielen, als die Gewerkschaften in der Weimarer Republik endlich staatlich wie gesellschaftspolitisch akkreditiert wurden und sich die expansive Nutzung des Instruments des Tarifvertragswesens nun Bahn brach – und die Lohnkonflikte in der Inflationszeit immer enger getaktet wurden.⁴ Die heute

² Süddeutsche Zeitung, 11. Januar 2017, eingesehen unter <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/verdi-eigenes-versorgungswerk-geplant-1.3328236>, abgerufen am 30.11.2018.

³ Zum Mannheimer Abkommen einfürend etwa Klaus Schönhoven: Die Gewerkschaften als Massenbewegung im Wilhelminischen Kaiserreich 1890 bis 1918, in: Ulrich Borsdorf (Hg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 167-278, hier S. 240 ff. Aus der Perspektive der Geschichte der SPD Detlef Lehnert: Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848-1983, Frankfurt am Main 1983, S. 101 ff.

⁴ Tarifverträge gab es in gewerkschaftlich gut organisierten Branchen natürlich schon früher. Dennoch waren sie in Zeiten schärfster gewerkschaftlicher Sanktionen vor 1914 immer auch hart umkämpft. Zur Geschichte des Tarifvertragswesens vor 1914 nun die monumentale und vergleichende Abhandlung von Sabine Rudischhauser: Geregelte Verhältnisse. Eine Geschichte

bekannte Form, in der die Tarifpolitik zum Schlüsselwerkzeug der Gewerkschaftspolitik geworden ist, bildete sich allerdings erst nach 1945 aus. Die Westorientierung der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung und die Gewerkschaftslehre Otto Brenners, nach der Arbeitnehmerorganisationen den Beschäftigten ihren Anteil am sogenannten »Wirtschaftswunder« sichern sollten, liefern hierfür wichtige Stichworte. In der Nachkriegszeit entledigten sich die westdeutschen Gewerkschaften zugleich zunächst von wesentlichen Teilen ihrer politischen Agenda.⁵ Auch die Betriebspolitik nahm zwar ihren ersten Aufschwung mit den frühen Arbeiterausschüssen, deren Anerkennung 1916 im Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst und mit dem Betriebsrätegesetz 1920 in der in dieser Studie untersuchten Zeit, bildete sich als Schwerpunkt der Gewerkschaftspolitik in der heute bekannten Form einer modernen Mitbestimmungspolitik hingegen auch erst nach 1945 richtig aus.

In der rückblickenden Perspektive aus der Gegenwart betrachtet, waren die um 1900 existierenden gewerkschaftlichen Organisationen in Ermangelung anderer etablierter Interventionsinstrumente sehr viel stärker fokussiert auf gesellschaftspolitische Entwürfe, Forderungen an eine staatliche Sozialpolitik und auf Maßnahmen der Selbsthilfe: zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, was durch Arbeitskämpfe mühsam errungen werden musste, aber auch mit anderen Mitteln wie beispielsweise durch das gewerkschaftliche Stellennachweiswesen verfolgt werden konnte – oder eben durch soziale Selbsthilfe im verbandseigenen Unterstützungswesen für die der Organisation angehörenden Gewerkschaftsmitglieder.

Die vorliegende Studie führt also in eine Zeit, aus der man durchaus auch Parallelen zur Gegenwart ziehen kann und in welcher der Lesende an der einen oder anderen Stelle die Vorboten der heutigen Gegenwart bereits schemenhaft erkennen kann. Dafür sei beispielhaft die hybride Sozialpolitik hervorgehoben. Darunter wird heute das geordnete Zusammenspiel verschiedener Quellen sozialer Sicherung verstanden, also etwa das Zusammenwirken von staatlicher Rentenversicherung, Betriebsrente und privater Altersvorsorge.⁶ Eine wesentliche Triebfeder dieses Zusammenspiels ist die Mangelversorgung durch ein einzelnes System: Weil die gesetzliche Rentenversicherung heute allein nicht mehr den Wohlstand und Lebensstandard sichern kann, werden andere Systeme bedeutender und mithilfe einer gesetzlichen Steuerlogik zugeschaltet.

des Tarifvertragsrechts in Deutschland und Frankreich (1890-1918/19), Köln 2017. Als Kritik an der positiven Sicht des Tarifvertragswesens vor 1914 Gerd Bender: Rezension zu: Rudischhauer, Sabine: Geregelte Verhältnisse, in: H-Soz-Kult, 27.09.2018, eingesehen unter <https://www.hsoz-kult.de/publicationreview/id/rezbuecher-26462>, abgerufen am 30.11.2018.

⁵ Hierzu mit weiterführenden Literaturhinweisen Stefan Remeke: Gewerkschaften und Sozialgesetzgebung. DGB und Arbeitnehmerschutz in der Reformphase der sozialliberalen Koalition, Essen 2005, S. 12 ff. Zur Westorientierung zentral Julia Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.

⁶ Siehe erweiternd Frank Berner: Der hybride Sozialstaat. Die Neuordnung von öffentlich und privat in der sozialen Sicherung, Frankfurt am Main/New York 2008.

Eine vergleichbare übergeordnete Steuerungslogik fand sich in der Zeit, die diese Studie genauer betrachtet, selten. Die Mangelversorgung des einzelnen Systems, das soziale Sicherheit versprach, war indes auf einem insgesamt deutlich niedrigeren Niveau ein konstituierendes sozialpolitisches Merkmal der im Folgenden genauer untersuchten Epoche. Die unübersichtliche Vielfalt des Angebots sozialer Sicherheit um 1900 war auch aus diesem Sachverhalt geboren. Ob Sozialversicherung des Staates, private Versicherungen, betriebliche Sozialkassen oder Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften, sie alle boten, für sich genommen, für ein sorgenfreies Leben zu wenig – im günstigen Fall jedoch genug, um eine schwierige Lebensphase zu überstehen.

Was prädestiniert dafür hätte sein können, die verschiedenartigen Angebote sozialer Sicherheit in einer kooperativen Vernetzung aufeinander abzustimmen und miteinander zu verkoppeln, scheiterte in der untersuchten Zeit am tiefen Misstrauen und an der Konkurrenz zwischen den Akteuren. Spätestens damit ist man bei jenen vielfältigen Sphären der Gewerkschaftswelt im Untersuchungszeitraum angelangt, die sich gänzlich anders darstellten als die Gegenwart. Man handelte eben nicht – im Unterschied zur Gegenwart – in einem sozialpartnerschaftlichen Rahmen, der heute Lösungsperspektiven wie das erwähnte Verdi-Versorgungswerk eröffnet. Zu der tief verwurzelten und ideologisch fundierten Gegnerschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmen und der Erfahrung der Verfolgung und polizeilichen Schikane durch den Staat, welche die deutschen Gewerkschaften in der Vorkriegszeit vor der Weimarer Republik durchlebten, trat ein weiterer elementarer Faktor der Distanz und Zersplitterung hinzu.

Die deutschen Gewerkschaften waren in der Zeit von 1890 bis 1933 identitätsstiftende Vereinigungen der politischen, sozialen, religiösen und weltanschaulichen Verortung. Dabei ging es stets auch *gegen* die Arbeiterorganisationen jenseits des eigenen Milieus. Dieser innergewerkschaftliche, endogene Konflikt der »Milieugewerkschaften«⁷ gegeneinander wurde mitunter ebenso hart oder gar noch verbissener geführt wie manch exogener Konflikt gegen den Klassenfeind im Unternehmerkleid. Man muss es sich bildlich vor Augen führen: In der hier betrachteten Zeit der Konsolidierung und des Durchbruchs der deutschen Gewerkschaftsbewegung zur Massenbewegung, in einer Phase, in der bereits bestehende Arbeitnehmerorganisationen auf zahllose Neugründungen nach dem Ende der Sanktionsjahre unter dem Sozialistengesetz seit 1890 trafen, existierten zunächst mannigfaltig Berufsvereinigungen oder Branchenvereine, die lokal oder regional verfasst waren, sodass sich Verbandsstrukturen von Landstrich zu Landstrich oder von Stadt zu Stadt immer wieder andersartig darstellen konnten. Doch mit dieser Vielfalt der Organisationen nach Berufsgruppen und Branchen sowie

⁷ Von »Milieugewerkschaften« wird in dieser Studie gesprochen, um die spezifischen gewerkschaftskulturellen Prägungen einzelner Verbände oder Verbandsgruppen hervorzuheben, die durch Berufe, Tätigkeiten und Berufsprestige, soziale Lage oder Klassenlage, politische Haltung, Weltanschauung und Glaubensrichtung oder die Geschlechterverteilung in der Organisationsbasis beeinflusst wurden.

nach Regionen noch nicht genug, multiplizierte sich das Verbandswesen auf jeder der weltanschaulichen Ebenen des damaligen Gewerkschaftswesens: bei den Freien, sozialistischen Gewerkschaften, den Christlichen und später christlich-nationalen Verbänden oder bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen. Hinzu traten darüber hinaus die wirtschaftsfriedlichen gelben Gewerkschaften – in einigen Organisationsbereichen auch als blaue Berufsvereine bezeichnet –, die mit den Unternehmen kollaborierten und von der Arbeitgeberseite als Gegenmaßnahme gegen die organisierten Arbeitnehmerinteressen protegiert wurden. Als Wilhelm Kulemann zu Beginn des 20. Jahrhunderts seine berühmte zeitgenössische Sammlung der bestehenden Berufsvereine in Deutschland als lexikalisches Kompendium vorlegte, umfasste die Darstellung der deutschen Arbeitnehmerorganisationen fünf Bände.⁸

Dieses gewerkschaftliche Organisationsfeld darf man sich vorstellen wie ein Hai-fischbecken, in dem um die Zugehörigkeit der Arbeitnehmer zum eigenen Verband verbissen konkurriert wurde. Angesichts der großen Anzahl an Organisationen traten permanent Grenzstreitigkeiten auf, wer für welche Personengruppe zuständig sein sollte – besonders auch innerhalb der weltanschaulichen Lager. Der Streit mit den Konkurrenten und die identitätsstiftende Abgrenzung von ihnen und gegen sie war in nahezu allen in dieser Studie näher betrachteten Verbänden eine Konstante.

Im Verlauf der Untersuchungszeit fusionierten Verbände, um größer und stärker zu werden, die Kräfte zu bündeln und Grenzstreitigkeiten auf diesem Weg beizulegen. Dabei wuchsen Berufs- oder Branchenorganisationen bald zu Industrieverbänden heran, in denen die zusammengeführten Gruppen von Arbeitnehmern immer heterogener wurden. Der Prozess der Fusion etablierter Verbände lieferte dabei häufig den Anlass zu einem noch einmal intensivierten Streit über Schlachten der Vergangenheit und Modalitäten der Zukunft, die zwischen den fusionswilligen Organisationen zu erörtern waren – bevor nach zumeist langen und schwierigen Verhandlungen ein Friedensvertrag für den Zusammenschluss gefunden werden konnte.

Ein besonders anschauliches Beispiel für die Fusionskaskaden, welche die Verbandsentwicklung von den 1890er Jahren bis zu Beginn der 1930er Jahre prägen konnten, bietet die Genese des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs.⁹ Er entstand 1930 aus der Fusion seiner beiden Hauptwurzeln: dem vormaligen Zentralverband der Handels-, Transport- und Ver-

⁸ Wilhelm Kulemann: Die Berufsvereine. Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder, zweite, völlig neu bearbeitete Auflage der »Gewerkschaftsbewegung«, hier die Bände eins bis fünf zu den Arbeitnehmerorganisationen in Deutschland, Jena 1908. Vgl. als Vorläufer Wilhelm Kulemann: Die Gewerkschaftsbewegung. Darstellung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter und Arbeitgeber aller Länder, Jena 1900.

⁹ Vgl. zur geschichtlichen Entwicklung Franz Josef Furtwängler: ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft, dritte Auflage, Stuttgart 1962. Walter Nachtmann: 100 Jahre ÖTV – Geschichte. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen, Frankfurt am Main 1996.

kehrsarbeiter Deutschlands, der später als Deutscher Transportarbeiter-Verband und als Deutscher Verkehrsbund firmierte, und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.¹⁰ Vor 1914 fusionierte der Deutsche Transportarbeiter-Verband, um nur einige besonders bedeutende Beispiele hervorzuheben, mit dem Verband der Eisenbahner Deutschlands, mit dem Verband der Hafenarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands und dem Verband deutscher Seeleute. In den 1920er Jahren schloss der Verkehrsbund Organisationen der Binnenschiffer und Postbediensteten an, bevor zum Ende der 1920er und zum Auftakt der 1930er Jahre die Großfusion zwischen dem Verkehrsbund und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter unter Anschluss der Organisationen der Berufsfeuerwehrmänner und der Gärtner und Gärtnereiarbeiter angebahnt und schließlich vollzogen wurde. Was als bescheidene Organisation der Haus- und Geschäftsdieners oder der Droschkenkutscher respektive der Gas-, Holz- oder Kohlenarbeiter zum Ende der 1890er Jahre begonnen hatte, endete am Schluss des Jahres 1930 in der Großorganisation des Gesamtverbandes mit annähernd 675.000 Mitgliedern. In sieben Reichsfachgruppen organisierte der Gesamtverband die abhängig Beschäftigten in Gemeindebetrieben und Gemeindeverwaltungen, in Reichs- und Staatsbetrieben sowie Reichsverwaltungen, in Handels-, Transport-, Kraftverkehrs- und Luftverkehrsbetrieben, in Straßenbahnen, Klein-, Hafen- und Werksbahnen, in Post und Telegrafie, in Schifffahrt, Fischerei, Lotsenwesen, Hafenbetrieb und Wasserbau sowie unter Haus- und Wachangestellten.¹¹

Es hat den Anschein, als habe es eine ähnliche Entwicklung wie jene, die im Jahr 2001 am Ende eines Fusionsprozesses zur Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Verdi führte, in den hier betrachteten historischen Etappen in vergleichbarer Weise gegeben. Wie bereits gesagt: Schemenhaft sind Umriss einer bekannten Gegenwart in dieser spannenden historischen Epoche zu entdecken. In diesem Fall ist der Gesamtverband jedoch Vorläufer der späteren Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, also der ÖTV – und mithin nur eines Gründungsmitgliedes von Verdi. Und der am Beispiel des Gesamtverbandes illustrierte Prozess der Großverbandsbildung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das unübersichtliche Verbandsdickicht entgegen dem allgemeinen Trend der organisatorischen Konzentrationsprozesse der Gewerkschaftsbewegung bis zum Ende des in dieser Studie betrachteten Zeitrahmens letztlich dennoch bestehen blieb.

¹⁰ Die Verbandsnomenklatur wechselte gerade in den Gründerjahren recht häufig. So hieß der Deutsche Transportarbeiter-Verband zuvor etwa auch Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter firmierte unter einer Vielzahl verbandlicher Vorgänger, etwa als Verband der Arbeiter in Gasanstalten, auf Holz- und Kohlenplätzen und sonstiger Arbeitsleute oder als Verband der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

¹¹ Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs: Jahrbuch 1930, hier die Übersicht S. 100.

In den späten 1920er Jahren versammelten sich noch immer unter einer Vielzahl gewerkschaftlicher Dachverbände jeweils zahlreiche einzelne Gewerkschaften. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) etwa, der vor 1919 als Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands firmierte, umfasste als freigewerkschaftliche Dachorganisation allein 31 Mitgliedsgewerkschaften im Jahr 1930. Der Allgemeine freie Angestelltenbund (AfA-Bund), das weltanschauliche Pendant zum ADGB auf der Angestelltenseite, zählte 13 Gewerkschaften. Im Deutschen Gewerkschaftsbund, der übergeordneten Organisation der christlichen und nationalen Gewerkschaften in der Weimarer Republik, versammelte der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands am Ende des Jahres 1925 19 weitere Berufsverbände und der korrespondierende Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften (Gedag) 13 Angestelltenorganisationen. Im freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände trafen sich Vereinigungen mit Hirsch-Dunckerscher Orientierung, darunter im Verband der deutschen Gewerkvereine allein 20 Gewerkschaften zur Organisierung der Arbeiterschaft. Andere Dachorganisationen und Vereinigungen wie der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA), der Deutsche Bankbeamten-Verein, der Reichsbund Deutscher Angestellten-Berufsverbände (RDA) oder die Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie (Vela) gesellten sich hinzu. Auch dieses noch immer unvollständige Bild könnte man nochmals erweitern – etwa um die gelben, werksgemeinschaftlichen Gruppierungen, sonstige Arbeitnehmerverbände oder den gesamten Bereich der Beamtenorganisationen.¹²

Zwischen 1890 und 1933 standen die Gewerkschaften – von heute aus im Rückblick betrachtet – vor großen Herausforderungen der Gemeinschaftsbildung. Im Zeitalter der Hochindustrialisierung prägten die sich ausbreitende Fabrikproduktion, das Wachstum urbaner Metropolen, die schnelle Frequenz des Waren- und Personenverkehrs zu Lande, zu Wasser und alsbald auch in der Luft und damit der dynamische Takt von Handel, Konsum und Dienstleistungen die Erwerbswelt. Die Epoche trägt, vergleichbar mit dem spätmittelalterlichen Frühkapitalismus,¹³ Kennzeichen einer Periode der extremen kapitalistischen Dynamik und der rasanten Modernisierung, die Erwerbsgruppen

¹² Die im gesamten Absatz genannten Werte nach Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: Jahrbuch 1930, S. 366. Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband: Rechenschaftsbericht 1926, S. 324 ff. Mit weiterführenden Informationen zu den Daten der großen gewerkschaftlichen Dachverbände in den 1920er Jahren Michael Schneider: Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982, bes. die Übersichten mit den Quellenverweisen S. 492 f.

¹³ Der Begriff des Frühkapitalismus wurde von Werner Sombart im Rahmen seiner Untersuchung des »modernen Kapitalismus« 1902 geprägt. Die Linien, die Sombart als Zeitzeuge der Hochindustrialisierung zum Frühkapitalismus zieht, entsprangen nicht zuletzt der Marx-Rezeption und seinem soziologischen wie nationalökonomischen Interesse, das Phänomen der aufstrebenden Sozialdemokratie und der aufstrebenden Gewerkschaftsbewegung einzuordnen. Dabei traten Gelehrte wie Sombart, die bald als Kathedersozialisten betitelt wurden, für die staatliche Sozialpolitik als Abwehrmittel gegen »revolutionäre Bewegungen« und für die Stärkung des Reformismus in der Sozialdemokratie ein. Werner Sombart: Der moderne Kapitalismus. Historisch-sys-

unter starken Druck setzte. In dieser Epoche, in der die Arbeiterbewegung erst 1890 aus der staatlichen Verbannung des Sozialistengesetzes entlassen wurde, gelang es den sich nun zahlreich gründenden oder neu gründenden Gewerkschaftsorganisationen in weniger als vier Dekaden, Millionen von Werktätigen zu organisieren. Die Epoche bot dafür ein explosives Kraftfeld: gespeist von einer Fülle sozialer Fragen und zusätzlich aufgeladen von einer schon bald zu großen Anzahl gewerkschaftlicher Verbände im erbitterten Konkurrenz- und Überlebenskampf, der durch das Ringen um ideologisch-weltanschauliche und politische Deutungshoheiten zusätzlich angeheizt wurde. Dies war geradezu ein Gegenentwurf zum einheitsgewerkschaftlichen Konsens in Deutschland nach 1945, mit dem der Streit um gewerkschaftliche Zuständigkeiten – abgesehen von wenigen Ausnahmen wie etwa den heute mächtigen Spartengewerkschaften im Verkehrsbereich – gezielt befriedet wurde.

Mit der Herausforderung der kompetitiven Gemeinschaftsbildung unter stärkster Verbändekonkurrenz bildeten die Gewerkschaften in einer an sozialen Konfliktlagen reichen Zeit ein umfassendes Angebot aus, das eine Gemeinschaftskultur stiftete. Dieses Streben nach Gruppenzusammenhalt und Gruppenidentität wurde durch den Zeitgeist unterstützt.¹⁴ In der Selbstwahrnehmung spezifischer Klassenlagen oder Milieus von Erwerbs- oder Gesinnungsgruppen – nicht selten verstärkt durch »Standesdünkel«¹⁵ – wurde zugleich das Bedürfnis nach Abgrenzung gegenüber anderen bis hin zu offen vorgetragenen Autarkiefantasien und der Idee des eigenen Wirtschaftsraums unter Ausschluss von Gewinninteressen befördert. Die »Milieugewerkschaften«, die sich als eigenständige Kulturräume voneinander abzugrenzen versuchten, brachten Angebote für verschiedenste Daseinsbereiche der von ihnen als Gewerkschaftsmitglieder umworbenen Werktätigen hervor: durch eigene Konsumgenossenschaften, Gewerkschaftsbanken oder von Gewerkschaften ins Leben gerufene Versicherungsunternehmen oder durch Wohnungs- und Baugenossenschaften, die von Gewerkschaften unterhalten wurden.

In diesen Gewerkschaftseinrichtungen zur alltäglichen Daseinsvorsorge fand die Verbändekonkurrenz nun eine Fortsetzung.¹⁶ Die gewerkschaftliche Sorge um das Wohl der Mitglieder wurde an konkreten Leistungen »messbar« – ein Faktor, der den

tematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, drei Bände, München/Leipzig 1902 ff.

¹⁴ Dazu weiter unten mehr.

¹⁵ Der Begriff wird in gewerkschaftlichen Quellen häufig verwendet. Besonders in den frühen Dekaden des Untersuchungszeitraums wurde damit die spezifische Berufsidentität nun als Organisationshemmnis beklagt, die in den größer werdenden und sich zusammenschließenden Gewerkschaftsverbänden überwunden werden musste.

¹⁶ Hier soll der Hinweis auf die weltanschaulich getrennten Konsumgenossenschaften als Beispiel genügen. Zur Geschichte der »Hamburger Richtung« (Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie) sowie der »Kölner Richtung« (Christliche Gewerkschaften, Kolping) Erwin Hasselmann: Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften, Frankfurt am Main 1971, zur weltanschau-

Wettstreit der Verbände und ihrer Einrichtungen nicht unerheblich anheizen sollte. Was hier als *ein* Merkmal der Gewerkschaftswelt der betrachteten Zeit noch einmal herausgestellt werden soll, ist die identitätsstiftende Kraft, welche die Organisationen – mit direktem Bezug zum Alltag ihrer Mitglieder und durch die konkurrierenden Gemeinschaftsbildungsprozesse dynamisiert – anreicherten. Konsum, Wohnen, Sicherheit – die Gewerkschaften avancierten jenseits von Politik oder Lohnkonflikt zu einem Lebensmittelpunkt für ihre Mitglieder in vielen existenziell bedeutenden Lebensfragen. In dieser Linie ist das gewerkschaftliche soziale Unterstützungswesen zu sehen, und zwar als eine jener besonders früh etablierten Gewerkschaftseinrichtungen, die in schwierigen und emotional aufgeladenen Lebensphasen von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Tod auf den Plan trat.

Design der Studie

»Die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung, also der Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften, reicht zurück bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts. Es ist zugleich die Geschichte der geordneten Selbsthilfe arbeitender Menschen.« Gustav Dahrendorf – sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, Konsumgenossenschaftler, Mitbegründer der Jungsozialisten und Vater des weltbekannten Soziologen Ralf Dahrendorf – beschrieb mit diesen Worten, wie eng die Geschichte der Gewerkschaften seit ihrer Gründung mit dem Gedanken der Selbsthilfe verknüpft war. In der Selbsthilfe wie in der dieser Logik folgenden Begründung der Gewerkschaften als Solidargemeinschaften kamen, so Dahrendorf, »Wille und Forderung nach einem besseren Leben« zum Ausdruck. »Die Sehnsucht, Mensch zu sein und als Mensch zu leben, formt und lenkt den Willen, sich selbst zu helfen.«¹⁷ Dahrendorfs Formulierungen finden in der Gegenwart ihren Widerhall. Der Begriff des »guten Lebens« taucht, neben der »guten Arbeit«, in aktuellen gewerkschaftlichen Kampagnen wiederholt als Leitmotiv auf – so wie bei der einfürend erwähnten Rentenkampagne. Dahrendorfs Ausführungen lassen sich aber zugleich interpretieren als betonte Differenzierung zur heutigen Gegenwart: Das gewerkschaftliche Mittel der Selbsthilfe, nicht nur als Streik oder Protest, sondern als verbandlich organisierte solidarische soziale Selbsthilfe gegen die Härten des herausfordernden Alltags verstanden, hatte in einer heute vergessenen Gewerkschaftswelt offenbar eine besondere Bedeutung.

lichen Trennung bes. S. 333 ff. Fritz Klein: Selbsthilfe aus christlicher Verantwortung. Die Geschichte der christlichen Konsumvereine, Recklinghausen 1967.

¹⁷ Gustav Dahrendorf: 40 Jahre Volksfürsorge – 40 Jahre Selbsthilfe, in: Alte Volksfürsorge – Mitteilungsblatt Nr. 12, Dezember 1952, S. 12-13, das Zitat S. 12. Mehr über Gustav Dahrendorf bei Ralf Dahrendorf (Hg.): Gustav Dahrendorf. Der Mensch das Maß aller Dinge. Reden und Schriften zur deutschen Politik, Hamburg 1955.

Der Frage nach jener Bedeutung des sozialen gewerkschaftlichen Unterstützungswesens soll in dieser Studie unter spezifischen Blickwinkeln nachgegangen werden. In Anlehnung an den Prolog könnte man zuerst fragen, warum und in welchem Prozess das Unterstützungswesen, das bis 1933 eine besondere gewerkschaftliche Bedeutung hatte, bis heute schließlich bis auf wenige verbliebene Reste abgebaut wurde. Die Frage kann in dieser Studie nur am Rande beleuchtet werden, denn dazu müsste eine andere historische Periode, insbesondere die Zeit zwischen 1945/49 bis zu den 1980er Jahren, untersucht werden. Am Ende wird in einem Ausblick aber darauf zurückzukommen sein.

Die vorliegende Studie blickt mit Bedacht auf die Blütezeit des sozialen gewerkschaftlichen Unterstützungswesens im Rahmen der sich etablierenden gewerkschaftlichen Großverbände zwischen 1890 und dem Ende der Weimarer Republik. Im Sinn des angekündigten Expeditionscharakters der Untersuchung wird sondierend, also stichprobenartig in verschiedene Gewerkschaftsverbände und unterschiedliche interessante Facetten ihres sozialen Kassenwesens eingetaucht. Dabei erfolgt dieses experimentelle Sondieren mit gewissen Freiheiten – auch interessanten Nebensächlichkeiten wird gelegentlich ein Platz eingeräumt. Nicht weniger jedoch wird die Studie von einem definierten Erkenntnisinteresse klar geleitet. Der »rote Faden«, dem die Untersuchung folgt, orientiert sich dabei an der leitenden Fragestellung: Kann über die Darstellung und Deutung des sozialen Unterstützungswesens durch die Gewerkschaften selbst – also durch die diesbezügliche Selbstdarstellung und Selbstdeutung oder, einfach gesagt, durch die von den Gewerkschaften in ihren Darstellungen vorgenommenen Bedeutungszuweisungen und Sinnstiftungen gegenüber dem sozialen Kassenwesen – ein neuer Blick auf das gewerkschaftliche Selbstverständnis in der untersuchten Zeit geworfen werden, wie es sich unter dem Brennglas des friedlichen Unterstützungswesens zeigte?

Jenes friedliche, soziale Unterstützungswesen der Gewerkschaften konnte sich in den unterschiedlichen Verbänden in ganz verschiedenartiger Weise ausprägen. Es gab eine große Vielfalt an sozialen Unterstützungskassen – dazu findet sich am Anfang des dritten Teils dieser Studie über die Schlaglichter auf das Unterstützungswesen eine einführende Erläuterung. Die Recherchen dieses Projektes konzentrierten sich auf die drei klassischen gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen der untersuchten Jahre, die in den meisten Verbänden vorzufinden waren: auf die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, die für den größten Teil der den Gewerkschaften im Unterstützungsbereich entstehenden Kosten verantwortlich waren, und auf die Sterbeunterstützung. Darüber hinaus wurden gewerkschaftliche Unterstützungseinrichtungen zur Altersvorsorge ihrer Mitglieder betrachtet. Sie sind, darauf wurde eingangs hingewiesen, weitgehend in Vergessenheit geraten und stehen vor dem Hintergrund der geschilderten Initiierung dieses Projektes in einem besonderen Fokus.

Wer sich dem Unterfangen stellt, sich auf eine Untersuchung der historischen Vorläuferorganisationen der heutigen Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Verdi einzu-

lassen, steht methodisch vor einem Dilemma. Im untersuchten Zeitraum in den Jahren zwischen 1890 und 1933 bildeten die historischen Wurzeln der Stammgewerkschaften von Verdi – die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG), die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), die IG Medien sowie die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) – ein undurchdringlich anmutendes Geflecht einer beinahe schon nicht mehr zu überschaubaren Organisationsvielfalt. Es muss bedacht werden, dass die Einheitsgewerkschaft der heutigen Gegenwart alle einstmaligen weltanschaulichen Strömungen der Gewerkschaftsbewegung umschließt. Damit gehören auf jeder der zahlreichen Branchen- und Berufsebenen der Stammgewerkschaften von Verdi, die sich im historischen Rückblick bereits unendlich weit aufzufächern schienen, zusätzlich alle verfügbaren Freien, Christlichen, Hirsch-Dunckerschen oder anderweitig ausgerichteten Gewerkschaften zu Multiplikatoren des historischen Erbes der gegenwärtigen Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft. Man kann es sich vorstellen wie eine Ahnentafel, die sich mit jeder Generationslinie nach unten exponentiell immer weiter und immer breiter verästelt. Wer auf dieser Ahnentafel der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft bis in die Untersuchungszeit herabblickt, benötigte »Meterware«, um ein annähernd vollständiges Bild von der Historie der »Verdi-Familie« anfertigen zu können.

Für den Historiker bedeutet dieser Befund, dass er sich im Vorfeld einer Untersuchung der sozialen Unterstützungseinrichtungen in einem derartigen Verbandsdickicht den Realitäten und den Grenzen der Recherche stellen muss. Nicht ansatzweise kann in einem vertretbaren Projektrahmen bei der Auswahl der näher untersuchten Gewerkschaftsverbände repräsentativ vorgegangen werden. Das gilt zuerst für die weltanschaulichen Traditionslinien. In der vorliegenden Studie werden die Leserinnen und Leser daher nicht mit dem Strukturmerkmal des wiederkehrenden Vergleichs von Freien, Christlichen oder Hirsch-Dunckerschen Verbänden konfrontiert werden. Die freigewerkschaftlichen Organisationen werden dominieren, doch auch aus anderen Organisationsgruppen werden Unterstützungseinrichtungen eingeführt werden. Auch die zahlreichen Erwerbsgruppen, die sich in der Gründerzeit der 1890er Jahre und noch nach der Jahrhundertwende in einer versprengten Vielzahl von Organisationen als Verdi-Vorläuferorganisationen sammelten, können nicht repräsentativ abgebildet werden.

Welche Gewerkschaftsverbände gehören nun in eine *Dramatis Personae*, also in eine Vorankündigung der im Folgenden zum Auftritt kommenden institutionellen Akteure? Oder, um im selbstgewählten Bild der Expedition zu bleiben: Welche Organisationen werden auf der Reise in eine vergessene Gewerkschaftswelt aufgesucht werden? Als ausgewählte Repräsentanten der Vorläufer jener Stammgewerkschaften, die durch ihren Zusammenschluss im Jahr 2001 die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft begründeten, werden in Erscheinung treten: in der Traditionslinie der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Verband der Hafenarbeiter, der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsar-

beiter Deutschlands respektive der Deutsche Transportarbeiter-Verband, der Deutsche Verkehrsbund und der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs; in der Linie von Vorläuferorganisationen der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, oder auch der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen der Zentralverband der Angestellten, der Verband der Büroangestellten Deutschlands¹⁸ oder der Bund der technischen Angestellten und Beamten aus der Richtung des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und, aus dem Bereich der christlich-nationalen Verbände, der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband und der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten;¹⁹ in der Traditionslinie der IG Medien der Verband der Deutschen Buchdrucker und in jener der Deutschen Postgewerkschaft aus dem Dickicht der Postverbände bis zum Ende der Weimarer Republik²⁰ gelegentliche Beispiele für historische Post-Beamtenorganisationen der betrachteten Zeit. Alle wichtigen Verbände werden mit ihrem Erscheinen im Textverlauf im jeweiligen Kontext näher vorgestellt.

Dem Expeditionscharakter der Studie folgend, wurde auch das Quellenmaterial der ausgewählten Organisationen nicht mit einem Gesamtauswertungsanspruch, sondern durch exemplarische »Tiefenbohrungen« gesichtet. Im Quellenmaterial der berücksichtigten Verbände wurde mit unterschiedlicher Intensität und mit Variationen bei der

¹⁸ Bei der Nomenklatur der Gewerkschaftsnamen werden behutsam Anpassungen vorgenommen: So wird etwa der »Verband der Bureauangestellten Deutschlands« an die heutige Schreibweise angeglichen und als Verband der Büroangestellten Deutschlands eingeführt. Die häufigen Änderungen der historischen Verbandstitel – in einem Jahr kam dieser Zusatz hinzu, in einem anderen Jahr entfiel jenes Attribut – werden aus Gründen der Übersichtlichkeit nur in vertretbaren Grenzen nachvollzogen und in den Text übernommen. Tendenziell werden zeitgenössische Schreibungen an jene der heutigen Rechtschreibung angepasst.

¹⁹ Bei den beiden letztgenannten Verbänden ließe sich einwenden, dass sie als christlich-nationale Organisationen nicht zu direkten Vorläufern der Gewerkschaft Verdi zu zählen seien. Heute beruft sich der Deutsche Handels- und Industrieangestellten-Verband als Mitglied des Christlichen Gewerkschaftsbundes auf Nachfolgerechte am Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband. Diese Aufgliederung von historischen Vorläufern und Traditionen ist historisch jedoch nicht überzeugend. In der Untersuchungszeit herrschte eine weltanschauliche Zersplitterung der Organisationen vor, die nach dem zweiten Weltkrieg mit der Begründung des DGB als Einheitsgewerkschaft aufgehoben wurde. Der DGB hat seither den Anspruch, alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterschiedlicher weltanschaulicher oder politischer Richtungen in seinen Organisationen zu vertreten. Insofern ist der christlich-nationale Organisationsbereich vor 1933 zum heutigen Verdi-Erbe zu zählen. Besonders anschaulich wird das am Gebäudekomplex »Brahms Kontor« in Hamburg. Die Eigentumsrechte an der ehemaligen Hauptverwaltung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes gingen über die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft mit der Gründung von Verdi 2001 an die Vermögensverwaltung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft über.

²⁰ Hierzu weiterführend Karl Lauschke: »Zusammenhalten und gestalten«. Die Deutsche Postgewerkschaft bis zur Bildung von Verdi, Hamburg 2009, S. 13 ff. Als gute Übersicht Wilhelm Küsgen u.a. (Hg.): Handwörterbuch des Postwesens, Berlin 1927, hier vor allem »Fachverbände der Post- und Telegrafbeamten«, S. 221-225.

Auswahl der Quellengattungen und bei den Schwerpunkten der Auswertung je nach Verband, Quellenlage und zu befriedigendem Interesse recherchiert. Das Erkenntnisinteresse einer Fokussierung auf die Deutung des sozialen Unterstützungswesens durch die Gewerkschaften selbst, also auf ihre diesbezügliche Selbstdarstellung und Selbste deutung, machte eine Konzentration auf veröffentlichte gewerkschaftliche Leitquellen sinnvoll, in denen das Unterstützungswesen in einer relevanten Form abgebildet und zum präsentierten gewerkschaftlichen Thema gemacht wurde.

Unter den gedruckten Gewerkschaftsquellen, auf die sich die Studie in der Konsequenz dieser Überlegungen konzentriert, sind dies zunächst die Rechenschafts-, Geschäfts- oder Jahresberichte, welche die Verbände häufig im Format des Jahrbuches publizierten. Von Bedeutung sind ferner die Protokolle der Verbandstage, auf denen über das Unterstützungswesen debattiert wurde oder Modifikationen im Regelwerk der Kassen zu erörtern waren. In den Gewerkschaftssatzungen wurden die Statuten der einzelnen Unterstützungskassen – mitunter ergänzt durch gesonderte Unterstützungsreglements – niedergelegt. Die Presseorgane, die die Gewerkschaften in der betrachteten Zeit in einer beeindruckenden Vielfalt unterhielten, wandten sich vorrangig an die gewerkschaftliche Mitgliederbasis. Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen war in den Nachrichtenwerken, welche die Verbandsleitungen in ihren Redaktionen verfassten und die als Propagandaschrift der jeweiligen Organisation nicht zuletzt auch der Agitation²¹ dienten, kein herausragendes Leitthema. Dennoch ist die angedeutete spezielle Konstellation von Relevanz, sodass die Gewerkschaftspresse nicht nur in geeigneten Auszügen in die Studie einbezogen wurde. Als medialer Träger von Öffentlichkeitsarbeit, strategischer Kommunikation und Werbung werden ausgewählte Presseorgane der Gewerkschaften hinsichtlich des Darstellungsformates des sozialen Unterstützungswesens im letzten Hauptteil dieser Studie noch einmal gesondert gewürdigt.

Von Interesse ist schließlich die Verbandsgeschichtsschreibung, also die häufig aus der Feder verdienter Spitzenfunktionäre oder leitender Redakteure der Verbandsleitungen selbst stammende Historiografie,²² die im Untersuchungszeitrahmen als Selbstbetrachtung und Selbstvergewisserung über die Gründung und Entwicklung der Organisationen veröffentlicht wurde – und damit als Quelle der betrachteten Zeit Be-

²¹ Die Begriffe »Propaganda« oder »Agitation« werden in dieser Studie nicht in ihrer kritischen Bedeutung etwa als »Hetze« genutzt, sondern – im Einklang mit der verbreiteten zeitgenössischen Verwendung – als Synonyme für den auch als Aufklärung verstandenen engagierten und offensiven Werbetrieb der Gewerkschaften mit der Absicht, Mitglieder zu gewinnen.

²² Diese Selbstbetrachtung der Verbände wird auch autochthone (also »am Ort entstandene«) Geschichtsschreibung genannt. Hierzu grundlegend Ulrich Borsdorf: Gewerkschaften und Geschichte. Ein Nachwort mit bibliografischen Anmerkungen, in: ders. (Hg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 499-535, hier S. 509 ff. Vgl. auch die Kritik an den selbstbeschreibenden Geschichtswerken aus gewerkschaftsnaher Hand bei Gerhard Beier: Glanz und Elend der Jubiläumsliteratur. Kritische Bestandsaufnahme bisheriger Historiografie der Berufs- und Industriegewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 19, 1968, S. 607-614.

findlichkeiten der damaligen Gegenwart offeriert. Auch hier war das soziale Unterstützungswesen, wie zu zeigen sein wird, kein natürliches Leitthema der Gattung, aber in aufschlussreicher Weise vertreten. Dabei ist der erinnerungsgeschichtliche Zugriff auf die Gewerkschaftsgeschichte nicht nur generell aus methodischer Sicht reizvoll,²³ sondern auch für die Frage nach dem gewerkschaftlichen Selbstverständnis im Zusammenhang mit dem sozialen Unterstützungswesen in einer Quelle der gewerkschaftlichen Selbstbetrachtung und Selbstvergewisserung.

Als *Roadmap* zur Orientierung bei der Lektüre: Der Text gliedert sich in vier übergeordnete *Hauptteile* bei acht durchlaufend arabisch nummerierten *Kapiteln*. Nach der Einführung in die Thematik als erstem Hauptteil wird im zweiten Hauptteil mit der Schilderung von Vorläufern und Traditionen des sozialen gewerkschaftlichen Unterstützungswesens die historische Evolution einer Bedeutungsfrage aufgezeigt, die um 1890 zum Vorschein trat, als Zweifel an der sozialen Selbsthilfe in neu entstehenden Gewerkschaftsorganisationen erkennbar wurden.

Im dritten Hauptteil werden Schlaglichter auf das gewerkschaftliche Unterstützungswesen geworfen. Dabei wird im Stil der Expedition selektiv auf einzelne Unterstützungseinrichtungen in ausgewählten Vorläuferorganisationen der heutigen Gewerkschaft Verdi im Untersuchungszeitraum geblickt. Von besonderem Interesse sind dabei Kassengründungsvorgänge, bei denen Bedeutungszuweisungen als Begründungen der Initiative aus Sicht der gewerkschaftlichen Entscheidungsträger wie im Diskurs der Gewerkschaftsdelegierten auf den Verbandstagen sichtbar wurden. Schließlich geht es darüber hinaus um Sinnstiftungen durch respektive innerhalb besonders akzentuierter Themen, die – nach den Gründungen der Kassen – im weiteren Verlauf einer fortschreitenden Evolution der sozialen Unterstützungseinrichtungen in den gewerkschaftlichen Darstellungen hervortraten. Dabei sind Verbandssatzungen und Kassenstatuten zu berücksichtigen, um die dort vermittelte faktische Bedeutung der Einrichtungen und ihrer Leistungen einzufangen. Zudem werden, den dritten Hauptteil einführend, Schlaglichter auf die bedeutenden, aber auf den ersten Blick nicht unmittelbar ersichtlichen organisationspolitischen Kontexte des sozialen Unterstützungswesens geworfen.

Der vierte Hauptteil wendet sich in einer abschließenden Analyse einer systematischen Betrachtung gewerkschaftlicher Darstellungsformate für das soziale Unterstützungswesen zu. Die interpretierten Quellen werden in Bezug auf die Repräsentationen des sozialen gewerkschaftlichen Kassenwesens bewertet und auffällige Darstellungsebenen für sich betrachtet werden. Dabei wird der Blick erweitert und auf neue interessante Repräsentationsbereiche fallen: auf Messen und Ausstellungen etwa, Pressekampag-

²³ Zu neuesten Ansätzen der erinnerungsgeschichtlichen Annäherung an die Gewerkschaftsgeschichte vgl. etwa Stefan Berger (Hg.): Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung nach 1945, Essen 2015. Ders./Wolfgang Jäger/Ulf Teichmann (Hg.): Gewerkschaften im Gedächtnis der Demokratie. Welche Rolle spielen soziale Kämpfe in der Erinnerungskultur?, Bielefeld 2022.